

### Ein teurer Versorgungsfall

Hans-Jürgen Koebnick, 53, Oberbürgermeister von Saarbrücken, ist seit dieser Woche ein gemachter Mann – schon bald ohne Arbeit, aber mit viel Geld. Auf Vorschlag Oskar Lafontaines wird der Diplomkaufmann Präsident der Landeszentralbank (LZB) des Saarlandes. Bis zuletzt hat Finanzminister Theo Waigel versucht, die Bestellung zu vereiteln. Bonn muß der Berufung von Landeszentralbankchefs zwar zustimmen, kann diese aber nicht verhindern. Die Landeszentralbank Saarbrücken fällt der Neuordnung des Bundesbanksystems zum Opfer; die LZB des kleinen Saarlands wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit einer oder zwei anderen Landeszentralbanken fusioniert. Damit werde, so Waigel, der neue Mann „bereits in wenigen Monaten“ arbeitslos werden. Unterstützt vom Kabinett, schlug Waigel eine Vertragsänderung vor: Wird der Saarländer innerhalb der nächsten zwei Jahre arbeitslos, sollte er, wie nach Beamtenrecht üblich, drei Monate Übergangsgeld beziehen und dann eine Versorgungsabfindung erhalten. Koebnick und der Zentralbankrat aber bestanden auf ihrem Vertrag.



Koebnick

Der Saarländer erhält „auch bei Wegfall des Amtes“ acht Jahre lang das Gehalt des LZB-Präsidenten – insgesamt weit über zwei Millionen Mark. Danach darf sich Koebnick bis zu seinem Lebensende eines Ruhegehalts von jährlich 203 000 Mark erfreuen, mit jährlicher Steigerung natürlich.

### Treuhand-Stuhl blieb leer

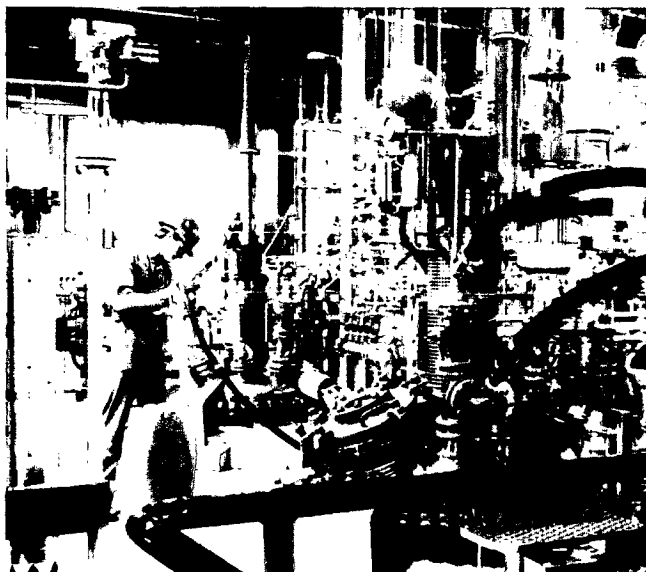
Dürftig sind bislang die Erfolge der Berliner Treuhandanstalt beim Verkauf ostdeutscher Firmen im Ausland. Die Staatsholding unternehme zu wenig, so lautet der Vorwurf von Treuhandkennern, um ausländische Investoren zu locken. Vergangene Woche wäre eine gute Gelegenheit gewesen: Zu einer Konferenz hochrangiger Manager, vornehmlich aus den USA, war auch Treuhand-Vorstand Manfred Balz geladen. Balz hatte zugesagt – dann aber doch nicht den Ein-Tages-Trip nach Prag angetreten. Es erschien auch kein anderer Abgesandter der Bundesanstalt. Beim Gespräch über „Deutschlands Herausforderung durch die Vereinigung“ blieb der Treuhand-Stuhl unbesetzt.

### Feldmühle Nobel wird zerlegt

Der Verkauf von Teilen der Feldmühle Nobel AG (Feno) scheint perfekt. Die

Frankfurter Metallgesellschaft, die Deutsche Bank, die Westdeutsche Landesbank und die Dresdner Bank wollen für 1,45 Milliarden Mark die Feno-Bereiche Buderus (Kesselbau, Edelstahl) und Dynamit-Nobel (Kunststoffprodukte, Sprengmittel) übernehmen. Der schwedische Papierkonzern Stora, der bisherige Eigentümer, will nur die Papiersparte be-

halten, die gut die Hälfte des Gesamtumsatzes erzielt. Die drei Banken kamen überein, sich an der neuen Firma mit jeweils zehn Prozent zu beteiligen, die Metallgesellschaft soll Mehrheitsaktionär werden. Rheinmetall war ebenfalls an der Feno interessiert, doch der Rüstungskonzern konnte oder wollte den geforderten Kaufpreis nicht aufbringen.



Prüfanlage der Dynamit Nobel

### Sparkurs beim Handelsblatt

Dieter von Holtzbrinck, Verleger des *Handelsblatts*, hat einen harten Sparkurs eingeschlagen. Der Pressekonzern verhängte für alle Zeitungen und Zeitschriften (*Handelsblatt*, *Wirtschaftswoche*, *DM*, *highTech* und andere) einen Einstellungsstopp und deutete Entlassungen an. In einem Brief an die Mitarbeiter kündigte die Geschäftsführung außerdem an, daß „alle laufenden und zukünftigen Aktivitäten noch einmal auf ihre Wirtschaftlichkeit hin“ überprüft werden. Bereits beschlossen ist, daß die Zeitschrift *Profitravel* künftig nur noch als Beilage zur *Wirtschaftswoche* erscheinen soll. Das Wiener Wirtschafts-



von Holtzbrinck

blatt *Option*, das der Verlag vor einem Jahr übernommen hatte, wurde verkauft. Noch ungewiß ist die Zukunft des deutschen Magazins *highTech*: Im Verlag wird darüber spekuliert, daß es entweder verkauft oder eingestellt werden soll. Grund für die rigide Sparpolitik: Die Geschäftsführer haben bei einer „Analyse der Abschlußzahlen 1990“ und einer „Vorschau für 1991“ festgestellt, daß „unsere Kosten überproportional gewachsen sind“.

### Zitat

„Der Kalte Krieg ist vorbei, der Sieger ist Japan.“

Der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister James Schlesinger